

Kamerun: **Zunahme der Morde in anglophonen Regionen vor den Parlamentswahlen**

6. Februar 2020, 15:59 UTC

Bewaffnete Separatisten setzen Entführungen und Morde fort.

Die Armee hat Dutzende Häuser niedergebrannt. Fernerkundungsanalyse von Amnesty bestätigt mehr als 50 in zwei verschiedenen Gebieten.

Bis zum Dezember 2019 wurden 679.000 Menschen vertrieben.

Ein massiver Anstieg der Gewalt durch das kamerunische Militär hat in den letzten Wochen zu Dutzenden von Morden und Tausenden von neuen Vertreibungen in mehreren Regionen im Anglophonen Kamerun geführt, sagte Amnesty International im Blick auf die Parlamentswahlen am Sonntag, dem 9. Februar 2020. Aufgrund mehrerer Berichte über zerstörte Dörfer bestätigte die Fernerkundungsanalyse von Amnesty International die Branntuinen von mehr als 50 Häusern in **Babubock** und **Bangem** im Südwesten rund um den 14. Januar. Diese Handlungen der Armee, einschließlich der Tötung von Dorfbewohnern, sind schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen.

„Die von der kamerunischen Regierung angekündigten Sicherheitsmaßnahmen und die verstärkte militärische Präsenz, welche die Durchführung der Wahlen sicherstellen soll, scheint ein Vorwand für eine viel düsterere Operation gewesen zu sein.“

Fabien Offner, Amnesty International Forscher am Lake Chad

„In den letzten Wochen wurden brutale Militäroperationen durchgeführt, während die von bewaffneten Separatisten begangenen Verbrechen unvermindert weitergehen. Zivilisten befinden sich in einer Spirale der Gewalt. Die Behörden sollten alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergreifen und diese Menschenrechtsverletzungen und -bedrohungen untersuchen.“

Seit der Ankündigung der bewaffneten Separatisten vom 23. Dezember 2019, die Wahlen zu boykottieren, hat Amnesty International ein Muster rechtswidriger Tötungen durch die Armee in den anglophonen Regionen dokumentiert.

Zerstörung von Dörfern, tödliche Gewalt durch das Militär

Am 23. Januar wurde das Dorf **Ndoh** im Südwesten angegriffen. Nach Berichten über die Ermordung eines Soldaten in der Region am 22. Januar griff eine von Augenzeugen beschriebene Gruppe von Soldaten den Dorfmarkt an und begann wahllos zu schießen.

Amnesty International hat die Bestätigung, dass nach dem Angriff in der Gegend die Leichen von 14 Männern und zwei Tage später zwei weitere gefunden wurden. Mindestens fünf Menschen wurden durch Schüsse verletzt, darunter ein 14-jähriger Junge, der eine Kugel in den Bauch bekommen hatte, und ein 17-Jähriger, der in den Oberschenkel geschossen wurde.



Die Analyse der Fernerkundungsdaten von Amnesty International bestätigt, dass mehr als 50 Häuser in **Babubock** und den umliegenden Dörfern während einer Militäroperation um den 14. Januar 2020 niedergebrannt wurden. Amnesty International erhielt Informationen von einem Vater, der erklärte, sein 30-jähriger Sohn sei am 23. Januar erschossen worden, als er in den Busch flüchtete.

Im Januar wurden mehrere Dörfer im Südwesten zerstört. Die Analyse der Fernerkundungsdaten von Amnesty International zeigt Brände im Nordwesten von **Bangem** am 14. Januar. Satellitenbilder vom 20. Januar bestätigen, dass mehr als 50 Häuser in **Babubock** und den umliegenden Dörfern während einer Militäroperation um den 14. Januar 2020 niedergebrannt wurden. Ein humanitärer Helfer wurde am 24. Dezember 2019 von schwer bewaffneten Militärs in Uniformen des Rapid Intervention Battalion (BIR auf Französisch) festgenommen. Augenzeugen berichteten Amnesty International, dass er auf eine Polizeistation gebracht und später am 2. Januar 2020 auf der Straße tot aufgefunden wurde. Sein Körper zeigt Anzeichen von Folter und Schusswunden am Kopf.

Verbrechen bewaffneter Separatisten

Bewaffnete Separatisten begehen weiterhin schwere Verbrechen, darunter Morde, Entführungen und Erpressungen. Am 30. Januar wurden vier Mitarbeiter einer humanitären

Organisation von einer bewaffneten Separatistengruppe entführt, die sie beschuldigte, für die Regierung zu arbeiten. Sie wurden einen Tag später freigelassen, nachdem drei von ihnen nach Angaben der Organisation geschlagen und psychischer Folter ausgesetzt worden waren.

Am 15. Januar wurde ein junger Mann getötet und sein Vater in der Nähe von **Bamenda** (Nordwest) verletzt, als sie versuchten, Kontrollpunkte von bewaffneten Separatisten zu umgehen. Am 3. Dezember 2019 wurden drei Personen, darunter ein Arzt, von bewaffneten Separatisten zwischen dem Dorf **Bambili** und der Stadt **Bamenda** (Nordwest) entführt. Entführer forderten ein Lösegeld von 5.000 Euro, das später auf 100 Euro reduziert wurde. Vor ihrer Freilassung wurden den Personen die Augen verbunden, während Waffen auf sie gerichtet waren. Sie schrien vor Angst. Bewaffnete Separatisten hatten Mitarbeiter der Nothilfe angehalten, ihre Aktivitäten während des von ihnen in den anglophonen Regionen angeordneten Generalstreiks zwischen 6. und 11. Februar 2020 einzustellen. Während dieses Zeitraums konnten lediglich Rettungsdienste ihre Aktivitäten fortsetzen.

Zunahme der Zahl der Vertriebenen

Die Gewalt führte zu einem Anstieg der Zahl der Vertriebenen. Im Dezember 2019 gab es nach Angaben humanitärer Organisationen in Kamerun 679.000 Vertriebene und in Nigeria 52.000 Flüchtlinge, die aus den anglophonen Regionen geflohen waren. Der kamerunische Minister für territoriale Verwaltung bestritt jedoch die Existenz einer Krise und nannte im Dezember 2019 lediglich die Zahl von 152.000 Vertriebenen aus den anglophonen Regionen. „Seit mehr als drei Jahren sind Menschen in den anglophonen Regionen von der Gewalt zwischen Militär und bewaffneten Gruppen betroffen. Diese Krise kann von den für den Schutz der Bevölkerung zuständigen Behörden nicht ignoriert werden“, sagt Fabien Offner. „Es ist an der Zeit für die Afrikanische Kommission für die Verletzung und den Missbrauch von Menschenrechten, eine genaue Überprüfung aller Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen durchzuführen, die seit 2016 in den beiden anglophonen Regionen Südwest und Nordwest begangen wurden, und die Fakten zu dokumentieren.“

„Seit mehr als drei Jahren sind Menschen in den anglophonen Regionen von der Gewalt zwischen Militär und bewaffneten Gruppen betroffen. Diese Krise kann von den für den Schutz der Bevölkerung zuständigen Behörden nicht ignoriert werden.“

Fabien Offner